

Zweites Eckpunktepapier für eine moderne und zukunftsfähige Verteidigungsindustrie

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Auf einen Blick

Seit über vier Jahren wütet der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Die geopolitische Lage bleibt volatil, wie die aktuellen Ereignisse im Mittleren Osten zeigen. Erste Lehren wurden in Deutschland gezogen und finden ihren Weg in die Gesetzesvorhaben des Bundes, wie beispielsweise das Beschaffungsbeschleunigungsgesetz. Doch sowohl der Bedarf an erweiterten Produktionskapazitäten als auch an der Förderung innovativer Lösungen bleibt hoch. Um Deutschlands militärisches Abschreckungs- und industrielles Produktionspotenzial voll auszuschöpfen, bedarf es mehr Entschlossenheit und Schnelligkeit.

Folgende Maßnahmen sind notwendig, damit auch die Industrie ihren Teil dazu beitragen kann:

- **Beschaffungsprozesse beschleunigen und Planungssicherheit schaffen**
- **Finanzierung sichern, Skalierung ermöglichen, Produktionserweiterung beschleunigen**
- **Innovation und Zukunftstechnologien fördern**
- **Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung des Weltraums gestalten**

In Fortsetzung des ersten Eckpunktepapiers vom Mai 2025 basiert auch dieses zweite Eckpunktepapier auf den Berichten und Einschätzungen von IHK-Mitgliedsfirmen aus der Verteidigungsindustrie. Es zeigt sich, dass auch ein Jahr später einige Forderungen bestehen bleiben.

1. Beschaffungsprozesse beschleunigen und Planungssicherheit schaffen

Trotz bereits erzielter Fortschritte wie beispielsweise dem Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwBBG) vom Januar 2026 berichten Unternehmen, dass der Beschaffungsprozess nach wie vor schleppend verläuft. Insbesondere für KMU und Start-ups ergeben sich mangelnde Planungssicherheit, schwierige Personalplanung und finanzielle Unsicherheiten aufgrund von langen Beschaffungszyklen und fehlender Transparenz bei der Kommunikation von Beschaffungsvorhaben. Darüber hinaus mindert die Abhängigkeit von wechselnden politischen Mehrheiten die Planbarkeit und Kontinuität von Beschaffungsvorhaben zusätzlich. All dies führt zu Unsicherheiten, die Investitionen in die Unternehmen erschweren. Das BwBBG ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend ist aber nun, dass alle Behörden und involvierten Institutionen die gesetzlichen Möglichkeiten vollumfänglich ausschöpfen.

Forderungen:

- Anhebung der 25-Millionen-Euro Grenze für Beschaffungsvorhaben, für die es die Zustimmung des Bundestags bedarf, auf mindestens 125 Millionen Euro
- Transparente Kommunikation von Beschaffungsvorhaben und schnellere Weiterreichung der Finanzmittel von Systemhäusern an die Lieferkette



IHK
München und
Oberbayern

Basierend auf den Beiträgen aus dem IHK-Arbeitskreis „Verteidigungsindustrie und Innovation“ (Stand: 14.04.2026)

- Größere Flexibilität für KMU und Start-ups im Beschaffungsprozess durch Trial-and-Error-Prinzip und Ankerverträge
- Beschleunigung der Sicherheitsüberprüfungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Mit der Zunahme geopolitischer Krisen und der damit verbundenen Wiederaufrüstung der Bundeswehr steigt die Anzahl der 25-Millionen-Euro-Vorlagen, die durch den Haushaltsausschuss des deutschen Parlaments genehmigt werden müssen (siehe Abbildung 1). Die 1981 (!) festgelegte Grenze ist heutzutage nicht mehr verhältnismäßig. Seitherige Inflation, radikal geänderte Produkt- und Systemqualitäten und mehr Beschaffungsvorhaben führen zu einer höheren Anzahl von 25-Millionen-Euro Vorlagen. Eine Anhebung der Grenze auf mindestens 125 Millionen Euro trägt den Bedürfnissen einer Vollausrüstung der Streitkräfte Rechnung und beschleunigt den Beschaffungsprozess.

Weiteren Verbesserungsbedarf fordern die Unternehmen in der Kommunikation von Beschaffungsvorhaben. Insbesondere die Intransparenz bei der Beteiligung von Zulieferbetrieben durch die etablierten Systemhäuser wird von KMU bemängelt.

Die Beteiligung von KMU und Start- sowie Scale-up-Unternehmen an Beschaffungsvorhaben würde zu einer innovativeren und bedarfsgerechteren Beschaffung führen, die den Anforderungen moderner Kriegsführung gerecht werden. Insbesondere jungen und innovativen Unternehmen sollten nach dem Trial-and-Error-Prinzip Flexibilität zugestanden werden, z. B. über Ankerverträge (siehe dazu: [Eckpunktepapier der IHK München](#)). Sie ermöglichen eine klare Erfolgskontrolle sowie realistische Praxistests und stabilisieren die Unternehmen finanziell. Einrichtungen an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Bundeswehr, wie beispielsweise das Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding, werden ausdrücklich begrüßt.

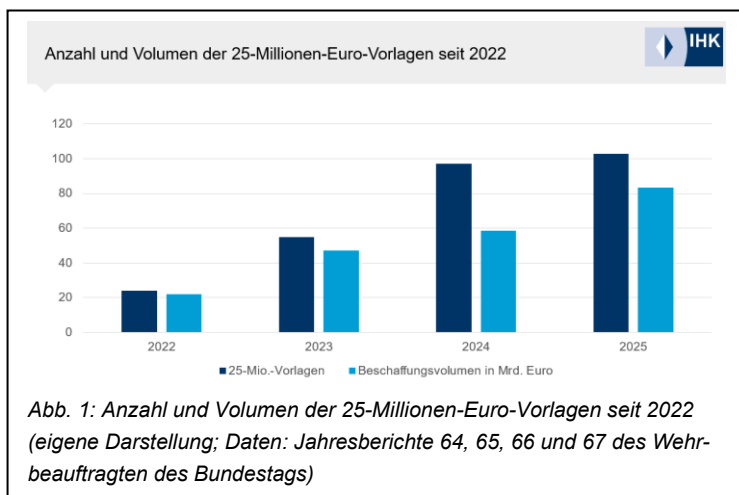
Die Dauer der Sicherheitsüberprüfungen hat sich im Vergleich zum letztem Jahr deutlich verkürzt, es besteht jedoch weiterhin Verbesserungspotenzial. Insbesondere im Hinblick auf die steigende Anzahl an Unternehmen, die zukünftig an verschluss-sachenrelevanten Projekten tätig sein werden, ist eine Beschleunigung notwendig.

2. Finanzierung sichern, Skalierung ermöglichen, Produktionserweiterung beschleunigen

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre in Bayern wesentlich verbessert. Trotzdem werden nach wie vor Unternehmen – insbesondere in ländlicheren Regionen – von ihren Hausbanken abgewiesen. Liquiditätsengpässe bremsen Innovation sowie Produktionsskalierung. Langfristige stabile Finanzierungs- und Beschaffungsprozesse sind die Voraussetzung, um das Potenzial der deutschen Verteidigungsindustrie vollständig auszuschöpfen.

Forderungen:

- Nutzung von Voraus- und Abschlagszahlungen durch Systemhäuser an Zulieferunternehmen zur Vermeidung von Finanzierungsengpässen



Maximilian Epp
 Elisabeth Paul
 Bernhard Eichiner LL.M.

☎ 089 5116 -1680
 ☎ 089 5116 -1164
 ☎ 089 5116 -2087

@ epp@muenchen.ihk.de
 @ paul@muenchen.ihk.de
 @ eichiner@muenchen.ihk.de

- Langfristige Verpflichtungsermächtigungen für mehrjährige, verlässliche Beschaffungsplanung sowie eine industrielle Grundlast und Vorhalteverträge, um die Produktion im Ernstfall schnell skalieren zu können
- Zuständigkeiten für die Vergabe von Ausnahmebaugenehmigungen innerhalb der Behörden klären
- Bayern als Vorbild für ein bundesweites Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie

Planbarkeit und vertragliche Sicherheit ermöglichen es den Systemhäusern, Voraus- oder Abschlagszahlungen, sogenannte *Downpayments*, an die in der Wertschöpfung beteiligten Unternehmen weiterzugeben. Dies wäre bereits möglich, erfolgt aber nur teilweise und nicht konsequent und sollte stärker in Betracht gezogen werden. Den Unternehmen der Lieferkette entstehen dadurch Liquiditätsengpässe. Der Aufbau zusätzlicher Produktionsstandorte oder die Finanzierung neuer Projekte wird erschwert. Zusätzlich haben Unternehmen in ländlicheren Regionen nach wie vor Schwierigkeiten, entsprechende Finanzierungen über die Hausbank zu erhalten.

Langfristige Verpflichtungsermächtigungen für eine mehrjährige Beschaffungsplanung sind notwendig, um Kapazitätsplanungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu ermöglichen. In Verbindung mit einer Grundauslastung der Industrie sowie Vorhalteverträgen wird sichergestellt, dass die Produktion im Spannungs- oder Verteidigungsfall schnell skaliert werden kann. Die Entwicklung gemeinsamer Bevorratungs- und Produktionskonzepte für strategische Rohstoffe sind dabei genauso unerlässlich wie robuste Lieferketten, ertüchtigte Zulieferunternehmen sowie der Schutz der kritischen Infrastruktur.

Das bayerische Landesgesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie in Bayern wird von den Unternehmen der Branche positiv aufgenommen. Insbesondere der pragmatische Ansatz für die Erteilung von Baugenehmigungen für Produktionsstätten der Verteidigungsindustrie trifft auf große Zustimmung. Ein vergleichbares Gesetz auf Bundesebene wäre wünschenswert. Es bedarf jedoch noch der Klärung der zuständigen Ansprechpartner in den jeweiligen Ministerien. Beispielsweise ist es nach wie vor unklar, wer konkret für die Erforderlichkeitserklärung nach § 37a Abs. 1 BauGB zuständig ist. Unternehmen der Verteidigungsindustrie haben demnach die Möglichkeit, konkrete Bauvorhaben im Außenbereich selbst dann zuzulassen, wenn die Voraussetzungen des § 35 BauGB nicht erfüllt sind. Durch klare Zuständigkeiten, bürokratiearme Prozesse und gesicherte Finanzierung können die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten entsprechend skalieren und ausbauen.

3. Innovation und Zukunftstechnologien fördern

Die Innovationskraft der bayerischen Verteidigungsindustrie ist entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität Deutschlands. München gilt als Hochburg des Defence-Deep-Techs in Europa. Seit 2023 flossen rund 1,8 Mrd. Euro Kapital in Defence-Deep-Tech Unternehmen, der Großteil nach München.¹ Unternehmen investieren kontinuierlich in eigene Forschung und arbeiten mit Start-ups, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen. Diese Zusammenarbeit muss weiter gefördert werden, denn ohne Forschung entstehen keine Innovationen, ohne Innovationen kann keine technologische Überlegenheit erreicht werden und ohne technologische Überlegenheit kann keine Sicherheit und Abschreckung erzielt werden.

Forderung:

- Einrichtungen wie das Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding stärken und die Vernetzung mit dem Bundesverteidigungsministerium, dem Planungsamt und regionalen Partnern schnellstmöglich fördern
- Niedrigschwiligen und kostengünstigen Zugang zu Forschungs- und Testmöglichkeiten für KMU und Start-ups schaffen

¹ Bayern Startup und Scaleup Monitor 2026

- Expertenwissen über die Anforderungen moderner Kriege an Hochschulen aufbauen

Innovative Unternehmen brauchen niedrighschwelligem und kostengünstigen Zugang zu Forschungs- und Testmöglichkeiten, um ihre Produkte zur Serienreife entwickeln zu können. Bekannte Stellen sind zu teuer, weit im Voraus ausgebucht oder nicht flexibel genug, um den Anforderungen der Unternehmen zu genügen. Von einer verstärkten Vernetzung der Verteidigungsindustrie mit zivilen Unternehmen können beide Seiten profitieren, dazu muss jedoch ein Grundverständnis für die besonderen Anforderungen der Verteidigungsindustrie bei den zivilen Unternehmen verankert werden und Dual-Use-Potenziale müssen vollständig genutzt werden. Die Erwartung an das neu gegründete Innovationszentrum der Bundeswehr ist, diesen Bedarfen nachzukommen.

Darüber hinaus muss in Hochschulen Expertenwissen über die Anforderungen moderner Kriege aufgebaut werden, sowohl in den Zukunftstechnologien als auch in den Anwendungen der Verteidigungswirtschaft. Zudem ist die Integration von Fachexpertise über die technologischen Lösungen in den Beschaffungsprozess von Anfang an erforderlich.

4. Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung des Weltraums gestalten

Die innovative Space-Industrie in Deutschland - insbesondere in Bayern - demonstriert die vielfältigen Weltraum-Anwendungen sowohl im All als auch deren Nutzen auf der Erde. Abhängigkeiten von amerikanischen Systemen, wie beispielsweise bei Trägerraketen oder der Satellitenkommunikation, sind historisch gewachsen, aber nicht unumgänglich. Um den Standort Deutschland zu stärken, müssen Rahmenbedingungen innovationsfreundlich ausgestaltet werden. Von den geplanten Investitionen müssen sowohl die Bundeswehr als auch die deutsche Industrie profitieren.

Forderungen:

- Vernetzung von Space- und Verteidigungsindustrie ausbauen und strukturell verankern
- Dual-Use Potenziale nutzen, Förderprogramme öffnen
- Resiliente Systeme und redundante Fähigkeiten aufbauen

Deutschlands Verteidigungsfähigkeit ist abhängig von seinen Kompetenzen im Weltraum. Der technologische und materielle Aufbau muss nun zielgerichtet, fokussiert, resilient und schnell erfolgen. Schnelligkeit, Resilienz und Fokussierung stehen dabei nicht im Gegensatz zur Beschaffung von Fähigkeiten des deutschen Space-Ökosystems. Von den geplanten Investitionen müssen sowohl Bundeswehr als auch die deutsche Industrie profitieren.

Raumfahrttechnologien sind per se dual-use-fähig. Eine Einstufung als dual-use Gut bringt zwar häufig zusätzliche regulatorische Belastungen mit sich, für die Adoption von Verteidigungsfähigkeiten kann dies jedoch von Vorteil sein. Weitere Initiativen zur Vernetzung der Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie sollten politisch unterstützt und gefördert werden. Ein erster Schritt kann die Öffnung von bisher ausschließlich für die zivile Anwendung gedachten Förderprogrammen, wie beispielsweise Horizon Europe, für die militärische Anwendung sein.

Die Zunahme geopolitischer Krisen sowie die steigende Anzahl im Weltraum aktiver Nationen erfordern es, dass verteidigungsrelevante Technologien von Anfang an konsequent resilient aufgebaut werden. Dies gelingt beispielsweise in den Vereinigten Staaten durch die gleichzeitige Beauftragung von mehreren Anbietern von Satellitendaten für die militärische Aufklärung und Fernerkundung. Durch die inhärenten Redundanzen können Ausfälle einzelner Satelliten kompensiert werden, was insbesondere mit Blick auf die steigenden Manipulationen durch feindliche Akteure im All und zunehmenden Weltraumschrott unverzichtbar wird.

Maximilian Epp
Elisabeth Paul
Bernhard Eichiner LL.M.

☎ 089 5116 -1680
☎ 089 5116 -1164
☎ 089 5116 -2087

@ epp@muenchen.ihk.de
@ paul@muenchen.ihk.de
@ eichiner@muenchen.ihk.de